

Produktionshebung — rufen die Junker

Von Edwin Hoerle.

Die Hungerzollvorlage der Luther-Kanitz-Regierung wird in den nächsten Wochen den Reichstag beschäftigen. Die Junker fordern ihre Schutzzölle unter der Parole „Hebung der landwirtschaftlichen Landwirtschaft“!

Bei dieser Gelegenheit ist es nicht ohne Reiz, kurz festzustellen, wie sich die Herren Rittergutsbesitzer in früheren schweren Jahren ihre Aufgabe der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vorstellt.

Es sind jetzt gerade 10 Jahre her, seit man im Interesse der Kriegsführung die berüchtigte „Zwangswirtschaft“ einführt, die von manchen Sozialdemokraten prompt als „Sozialismus, wohin wir bliden“ zur höheren Ehre des deutschen Imperialismus geshaut wurde. Bekanntlich ließ sich die bürgerliche-bureaucratische „Zwangswirtschaft“ den Proleten hungern und förderte aus das Schäfer- und Hamsterunwesen. Die Herren Junker haben aber auch schon die Einigung ihrer Bewegungsfreiheit schmerzlich empfunden, zwar als gute Patrioten sich äußerlich dem Zwange gebeugt, aber tatsächlich schon 1915 einen erbitterten Kampf geführt zur Wiederherstellung ihrer vollen Wucherfreiheit.

Das geht aus der Statistik der Hektarerträge mit vollster Deutlichkeit hervor. In den Jahren 1913 bis 1920 sind die Anbauflächen für Getreide um 17 Prozent, für Haferfrüchte um 17 Prozent, für Futterpflanzen um 12 Prozent zurückgegangen. Die Ackerbauern nahmen dagegen um 18 Prozent zu, die Viehwirtschaft um 85 Prozent. Wenn man sich vor Augen hält, daß der kleine und mittlere Bauer niemals in der Lage ist, seinen Acker in Weide zu verwandeln und den Anbau von Brotsorten, Haferfrüchten und Futterpflanzen einzuführen, weil er ja in erster Linie für den eigenen Bedarf wirtschaftet, dann erkennt man, daß dieser Rückgang der Anbauflächen fast ausschließlich auf das Schuldens der Herren Rittergutsbesitzer und Domänengrößbäuerchen zu sehen ist, die übrigens auch während der Kriegszeit Arbeitsträume genug hatten, und zwar ganz besonders billige, nämlich die Kriegsgefangenen.

Noch deutlicher wird die Sabotage der Herren Großagrarien durch die Tatsache, daß der Rückgang der Hektarerträge in den ostelbischen Gebieten am stärksten war, wo die Rittergüter bei weitem vorwogen, während in den mittel- und kleinbäuerlichen Gebieten Süds und Westdeutschlands die Ernterücke zwar auch zurückgingen, aber in weit kleinerem Maße. Im Kleinbäuerlichen Württemberg z. B. fielen die Ernterücke im 1920 nur um 22,4 Prozent, im vorwiegend kleinbäuerlichen Brandenburg bereits 46 Prozent, in dem fast durchweg junfernischen Mecklenburg 52,5 Prozent und in Pommern sogar 53 Prozent beträgt.

Jetzt, da alle Rechtsparteien und die hinter ihnen stehenden Landbündler sich als Retter der Produktion aufspielen, ist es wertvoll, auch wieder einmal jenen Brief des sehr berüchtigten Herren von Oldenburg-Januschau in Erinnerung zu bringen, den dieser ehemalige Recke am 12. April 1915 an den preußischen Minister Poebell schrieb. Der Brief, den die Junker natürlich nicht wahr haben wollen, lautete:

„Liebste Exzellenz Friß!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zu versetzen, dankte ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Finanzverwaltung loszusein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich, mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bekam 500 Morgen überhaupt nicht und so machen es viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt eingermoschen verhünftig. Von den Schweinen wird die Hälfte in der Postonne verschlafen. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen.“

Der Januschauer spielt heute noch eine führende Rolle im Reichslandbund. Hat er doch auf der Berliner Landwirtschaftlichen Woche im Februar bei den Kundgedingen des Landbundes große Töne von sich geben.

Mit seiner Prophezeiung, daß sich die Erbitterung der Junker nach dem Kriege entladen werde, hatte Oldenburg natürlich vollkommen recht. Kaum war der Krieg vorbei, so begann der systematische Kampf aller Großagrarien und Rittergutsbesitzer um die Abholzung der „Zwangswirtschaft“ und Wiederherstellung der uneingeschränkten Wucherfreiheit.

Da die Zwangswirtschaft von den sozialistisch demokratischen Regierungen und ihren nachgeordneten Organen mit besonderer Rücksichtnahme nur gegen kleine und mittlere Bauern durchgeführt wurde, mährte man sich an die großen Schäfer- und Schleber nicht heranmögeln und vor allem der Industrie die Wucherfreiheit gab, so war es den Großagrarien verhältnismäßig ein leichtes, die Massen der kleinen und mittleren Bauern für ihre Partei des freien Marktes einzuhängen.

Damals wurde als Kampforganisation der Agrar-Kapitalisten der Landbund ins Leben gerufen. Schon in den Jahren 1921 und folgenden organisierte dieses Kind der ostelbischen Junker eine Reihe von Liefertreits mit dem Ziel, die proletarischen Massen der Städte und Industriegebiete auszuhängen. Vor allem war es der brandenburgische Landbund, der den Milchstreit gegen Groß-Berlin organisierte und später den Getreidestreit anlässlich des Umlagenverfahrens durchführte. Im „Brandenburgischen Landbund“ erschien im Juli 1921 ein Bericht über eine Sitzung des Vorstandes, der den Liefertreit organisiert hatte und nun ein Streitkomitee einberief. Dabei schrieb das edle Junkerorgan wörtlich:

„Bei der entscheidenden Bedeutung dieser Frage ist das Erheben aller Gedanken Ehrensache und Zwang.“

Es war also Ehrensache für den brandenburgischen Rittergutsbesitzer, sich an dem Milchstreit gegen das Groß-Berliner Proletariat zu beteiligen. Möchten laufende proletarische Säuglinge, Kranken und Greise dabei zugrunde gehen, was kümmerte das die Herren von Ar und Holz? Sie forderten ihren „freien Markt“.

Und sie belaufen ihren freien Markt. Die Sozialdemokraten, die zuerst die Zwangswirtschaft des kapitalistischen Staates nicht genug als Sozialismus hielten können, haben plausibler nach. Als der Landbund zur Täuschung allen Gutgläubigen kein großes Heuchelmanöver, genannt Hilfsumschlag der Landwirtschaft, organisierte, da gab der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Herr Georg Schmidt im Januar 1922 seine Unterschrift zu einem Abkommen mit den Agrarunternehmern. Als ob jemals die Junker auch nur einen Augenblick an die Hebung der Produktion statt an ihren Geldsack gedacht hätten! Und die Herren Kaufmannschaften vom Schläger der Dr. August Müller, Kaufmann und Böhlstein, sie waren sogar offen für die Wiederherstellung des „freien Marktes“ ein.

Heute haben wir mit ganz unwesentlichen Einschränkungen längst den „freien Markt“. Das lezte moralelle Vollwert der staatlichen Zwangswirtschaft, die Reichsgetreidestelle, wird noch in diesem Sommer verschwinden. Dieser „freie Markt“ hat zweifellos eine gewisse „Hebung der Produktion“ mit sich gebracht, doch nicht zugunsten der Proletarier und bei den Kleinbauern. Der „freie Markt“, der in Wirklichkeit eine Diktatur der mit dem Finanzkapital verbündeten Großagrarien ist, hat nur die schroffen Gegenseitigkeiten und kassenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf die Spitze getrieben. Wir haben heute auf der einen Seite vollgesetzte Rittergutsbesitzer in prunkvollen Schlössern mit Luxusautos, Rennpferden und Dienerschaft, auf der anderen Seite unterernährte Proletenlinder, hungernde

Erwerbslose, das Überhandnehmen der Tuberkulose nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande. Elendshöhlen für Landarbeiter und ruinierte Kleinbauern, deren Wirtschaftsgebäude verfallen, deren Inventar vom Staat gespendet wird.

Wir leben heute genau nach der Statistik wohl ein Ansteigen der Viehhaltung im allgemeinen, konstatieren aber gleichzeitig eine starke Abnahme des Viehbestandes in den Kleinbäuerlichen Wirtschaften und in den Kleinbauerngemeinden.

Nach den Ausweisen der Kali- und Stickstoffindustrie steigt der Verbrauch an Kunstdünger. Boddüngung und Mechanisierung des Betriebes in den Großbetrieben, steht gegenüber Rückgang der Intensität, der Düngung und der Technik in den Kleinbäuerlichen Betrieben, die einfach nicht mehr imstande sind, die nötigen Betriebsmittel zu kaufen.

Nach den Mitteilungen des Reichsnahrungsmaterials kann im Reichstag bestehen ein Überschuss an Schlachtoch, Kartoffeln und einer ländlichen Milchschwemme. Gleichzeitig zeigen die Berichte der Schulärzte Hunderttausende speisungsbedürftige, zum Teil stark gefährdete Wollschuldfinder.

Und immer noch klagen die Junker, daß sie die Produktion nicht genug heben könnten, weil ihre Betriebe sich nicht rentieren.

Wir hilfe der Schutzzölle werden wir Geld verdienen, sagen die Junker, mit dem Heide werden wir Maschinen kaufen, unseren Betrieb verbessern, den Boden motorisieren und in kurzer Zeit mindestens ein Drittel mehr produzieren als heute. Durch unser Geld wird die Industrie belebt und dadurch auch der Arbeiter Brot erhalten.

Aber angenommen, die Schutzzölle hätten tatsächlich die produktionsfördernde Wirkung — für wen werden dann die Junker mehr produzieren? Für die deutschen Proletarier? Für das werktätige Volk?

Den Zweck der „Hebung der Produktion“ hat bereits Professor Arboe vor einigen Monaten in der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ kritisiert, wo er die Lösung ausgab, die übrigens auch von der Deutschen Bergwerkszeitung, also von der Schwerindustrie, vertreten wird: Umstellung der industrialisierten deutschen Landwirtschaft auf den Export, das heißt auf Ausfuhr von leicht gehaltenem Schweinefleisch, Molkereiprodukten und ähnlichem.

Und die Entwicklung wird unter den Schutzzöllen, soweit die Junker es dann nicht für profitabler finden, noch weniger als heute zu produzieren und dafür höhere Preise zu verlangen — mit Sicherheit eintreten. Die Entwicklung zeigt diesen Weg: Industriedrähte für die Großagrarien, Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft, industrielle Schweinemösterien, industrialisierte Viehwirtschaften, industrialisierte Futtermittelpflanzen mit den dazu gehörigen Brennereien, Trocknungsanlagen usw. Dazu ein gewaltiger Ausbau großer zentraler Wirtschaftsorganisationen zwangsweise Bevölkerung des gesamten landwirtschaftlichen Marktes.

Die kleinen Bauern und Pächter werden unter diesem Segen des Schutzzölles erst recht die großkapitalistische Konkurrenz nicht aushalten und der kapitalistische Staat wird nichts tun, um ihnen zu helfen. Die Proletariermassen werden nach wie vor am Hungertuch nagen. Die „Ernährung aus eigener Scholle“, die Entwicklung des „nationalen Marktes“, die Hebung der Produktion, wie sie die Landbundjunker mit Hilfe der Schutzzölle wollen, entpuppt sich als ein gewaltiger Volksbetrug, als die Hebung allein der Profite des Großagrariers und der mit ihnen verbündeten Finanzkapitalisten.

Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in Rußland

Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist das Schlagwort der deutschen Großagrarien, die damit die Einführung der Brot-, Fleisch- und Kartoffelsüsse begründen wollen. In Wirklichkeit denken sie nur an die Hebung ihrer Profite, während die breite Masse der arbeitenden Bauernschaft mit oder ohne Schutzzoll in immer zäherem Tempo den Ruin entgegensteht.

In Sowjetrußland hat die Arbeiter- und Bauernregierung mit der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion durch Hebung der Bauernwirtschaften wirklich ernst gemacht. In den letzten Monaten wurden energische Schritte zur Durchführung großer Bodenverbesserungen, zur Beschaffung von Maschinen, zur genossenschaftlichen Organisation der Bauernschaft getan.

Wie das Informationsbüro des Internationalen Bauernrates mitteilt, vereicht das Volkskommissariat für Landwirtschaft den Bauern, die ihre Wirtschaften verbessern, eine Prämie. In 30 Gouvernementen wurden belohnt 170 Dörfchen (Kreise) und 3330 landwirtschaftliche Gesellschaften, 610 Kommunen und 3700 (Vereinigungen), 140 Genossenschaften. Den belohnten landwirtschaftlichen Gesellschaften gehören allein 118 711 Bauernhäuser an.

Zu dem Auslande wurde für die Frühjahrsausaat verhältnismäßig Saatgut für 3 Millionen Rubel angekauft und an die Bauern verteilt.

Wie die Bekämpfung der Schädlinge vom Staat organisiert wird, zeigt folgender Ausweis der Abteilung des Volkskommissariats zur Bekämpfung der Schädlinge:

Bauernfelder:	Erntergebnis.
1919 38 000 Desiat.	1 040 000蒲
1920 95 000 "	3 000 000 "
1921 400 000 "	2 250 000 "
1922 2 850 000 "	120 000 000 "
1923 4 950 000 "	230 000 000 "

Ein eigenartiger und sündiger Besuch der Sowjetregierung ist die Schädlingbekämpfung durch Flugzeuge. Am 6. Mai fand auf dem Flugplatz des Dorfes eine Probefahrt der für das Volkskommissariat für Landwirtschaft bestimmten Flugdivision statt. Die Flugzeuge sind mit besonderen Gasflaschen bewehrt. Sie werden ihre erste Tätigkeit in Kaukasien aufnehmen.

Zum Beispiel (staatliche Handelszentrale) wurden 1500 Motorräder zur Frühjahrsmäppchen ausgetauscht, zur Sommersaison wurden 650 Schlepper bestellt. Die Sowjetabteilungen lassen alljährlich 200 Schlepper für die Bauern heraus. Im Nordaustralasien sind in diesem Frühjahr 400 Motorräder gekauft worden. 25 Prozent davon befanden die Bauernkomitees der gegenseitigen Hilfe.

Zu den aus 20 Gouvernementen des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken eingetroffenen Meldungen wurden den Bauern zur Vorbereitung der Frühjahrsausaat 2200 Kornzulagestationen zur Verfügung gestellt, 85 Proz. des Sozialgutes wurden gereinigt. Der bürgerlichen Nachfrage für landwirtschaftliche Maschinen ist zu 90 Proz. nachgekommen worden. Gegenwärtig arbeiten 737 landwirtschaftliche Auskunftsstellen.

20 Millionen Kleinbauern sind in diesem Jahr vollkommen von jeder Steuer befreit worden. In der Arbeitsbeschaffung hat das Volkskommissariat für Finanzwesen für nicht weniger als 25 Proz. der gesamten Bauernschaft einen teilweisen oder ganzen Steuernachlass bewilligt. In der Ukraine betragen die Steuern der Bauern im vorjährigen Jahre 114 Millionen Rubel, im laufenden Jahre nur noch 74 Millionen Rubel.

Der kleine Rat der Volkskommissare bestreite einen großen Teil der von den Bauern und von Bauern-Genossenschaften geschlossenen rechtlichen Abmachungen von den Stempelgebühren. Es wurde ferner beschlossen, den unter Führung der Bauern-

Der Gerichtsvollzieher beim Kleinbauern

Vom Bund schaffender Landwirte nach uns geschrieben:

Im Reichstag hatten der Reichsnahrungsmaterialsminister Graf von Kneiphof und der Vertreter des Reichsfinanzministers den waurigen Mut, die Tätsche der Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei kleineren und mittleren Bauern, wenn nicht ganz in Abrede zu stellen, so doch als geringfügig zu bezeichnen.

Aus dem Kreis Orléansburg erhalten wir nun eine Zeitschrift, der eine Anzahl Zeitungsausschnitte beigelegt sind, die einwandfreien Beweis liefern, daß Pfändungen und Zwangsvollstreckungen durch das Finanzamt bei Bauern und vor allem bei kleinen Bauern gerade in der Heimat des Herrn Reichsnahrungsmaterials auf der Tagesordnung stehen. Die Herren Steuervollzieher haben dort alle Hände voll zu tun.

So wurden am 23. Januar in Groß-Rauschenbach 1 Schweine, 4 Sterne, 2 Ziegen, 1 Kuh, 1 Schaf, 2 Sows, ein Spiegel öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert. Bereits am 22. Januar waren in Rukburg 2 Kühe und ein Spazierwagen versteigert worden. Am 7. Februar wurde in Willenberg auf dem Hof des Schäfers Fleisch ein lebhaftes Wollschaf versteigert. Am 12. Februar kamen in Sampotzen 2 Sterne, 3 Schweine, 2 Pferde, 1 Ziegen, 2 Kübler, 1 Breitbretsch, 1 Sow zur Versteigerung. Am 13. Februar wurden in Radzienken 8 Sterne, 1 Reinigungsmaschine, 1 Schwein, 1 Kuh, 1 Ziege, 1 Schaf zwangsweise verkauft. In Alt-Kensuth kamen am 16. Februar 1 Wandspiegel, 1 Ziegen, 1 Spaziergärtchen und am 17. Februar in Rummen 1 Fuchsstück, 2 Schweine und 1 Kuh öffentlich zur Versteigerung.

Im März gingen die Zwangsvollstreckungen im leisen Tempo weiter. In Willenberg hat das Finanzamt Orléansburg, das für alle obigen Zwangsvollstreckungen verantwortlich ist, eine Anzahl von Möbelstücken, Kleidungsstück, Wirtschaftsgeräten und Vieh versteigert, darunter 1 Zentrijupe, 1 Kuh, 1 Pferd und 1 Ziegen. Am 17. März holte sich das Finanzamt in Friedrichsberg 1 Spazierwagen, 2 Buttermaschinen und 1 Nähmaschine, am 26. März in Kowallit 1 Kuh, 1 Schwein und 1 Ochsen.

Noch in neuester Zeit finden diese Zwangsvollstreckungen statt. So wurde neulich für den 20. Mai die Versteigerung von Schlitten, Sows, Spiegeln, Kleiderspindest, Pfadegeschirren in Orléansburg angekündigt. Und in Wolla ließ das Finanzamt Orléansburg 2 Kühe, 1 Sterne, 2 Ziegen und 1 Spazierwagen versteigern.

Aber Pfändungen kommen nicht vor, sagt der Reichsnahrungsmaterialsminister, und so ein vollgetriebener Junker von den Rechtsparteien ruft dem kommunistischen Redner zu: Wo denn?

Wir sind überzeugt, daß die großen Rittergutsbesitzer sehr wohl Mittel und Wege finden, ihre Steuern zu bezahlen, wenn sie nicht vorher ihnen bis auf einen schändigen Punkt erlaubt worden sind. Der kleine und mittlere Landwirt jedoch darf bluten bis zur Vernichtung. Er hat von der heutigen deutsch-nationalen Regierung so wenig Hilfe zu erwarten, wie von der früheren demokratisch-sozialdemokratischen.

Wir fordern alle Kleinbauern auf, die ihnen bekannt sind, von Zwangsvollstreckungen durch das Finanzamt loszutreten. Am 10. Februar schickte der Reichsnahrungsmaterialsminister und so ein vollgetriebener Junker von den Rechtsparteien dem kommunistischen Redner zu: Wo denn?

Wir sind überzeugt, daß die großen Rittergutsbesitzer sehr wohl Mittel und Wege finden, ihre Steuern zu bezahlen, wenn sie nicht vorher ihnen bis auf einen schändigen Punkt erlaubt worden sind. Der kleine und mittlere Landwirt jedoch darf bluten bis zur Vernichtung. Er hat von der heutigen deutsch-nationalen Regierung so wenig Hilfe zu erwarten, wie von der früheren demokratisch-sozialdemokratischen.

Wir fordern alle Kleinbauern auf, die ihnen bekannt sind, von Zwangsvollstreckungen durch das Finanzamt loszutreten. Am 10. Februar schickte der Reichsnahrungsmaterialsminister und so ein vollgetriebener Junker von den Rechtsparteien dem kommunistischen Redner zu: Wo denn?

Die Folgen dieser großzügigen Unterstüzung der Bauernwirtschaft durch den Staat zeigen sich in einer Zunahme der Anbauflächen, in Übergang von der Dreifelderwirtschaft zur Vielfelderwirtschaft, in großzügigen Bodenverbesserungsmaßnahmen und in der Steigerung der bäuerlichen Kaufkraft.

So sind bisher durch die Anregungen der staatlichen Föderation 3192 Gemeinden veranlaßt worden, vom Dreifeldersystem zum Vielfeldersystem überzugehen, es handelt sich dabei um ein Gebiet von 1,5 Millionen Desiatinen. In der Ukraine beläuft sich das Ausmaß der Anbaufläche mit Winter- und Sommersoja zusammen auf 17 Millionen Desiatinen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt mehr als 10 000 Desiatinen. Im Donaugebiet hat sich die Anbaufläche um 18 Prozent vergrößert. Zur Verbesserung des Weizenfelds um 1,5 Millionen Desiatinen hat die weizähnliche Bauernschaft mit Hilfe der Regierung bereits 200 Bodenverbesserungsgeellschaften ins Leben gerufen. In Siberien bestehen gegenwärtig 1115 landwirtschaftliche Genossenschaften, darunter 125 Betriebsgenossenschaften. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 203 000.

Wie stark der Bedarf der Bauern an landwirtschaftlichen Maschinen und gleichzeitig auch